

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

17.9.1930 (No. 216)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedel-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
StaatSanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhalten tarifferter Rabat, der als Rassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedel-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Anzeigebildung, zwangsweiser Weiterleitung und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Auslieferung, Walschlichtung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendeiner Vergütung übernommen. — Unterlagte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Gesellschaft, Badische Volkshochschulleitung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Kriminalität in Baden

W. A. Die letzten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts über die Kriminalität im deutschen Volke gelten dem Jahre 1928. Wenn auch das gesamte Material hiernach nicht mehr als neu und zeitgemäß angesehen werden darf, so gestaltet es doch interessante Einblicke und Rückschlüsse zur Beurteilung der damaligen Kriminalität in Baden. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts sind hiernach in unserem Lande während des Jahres 1928 wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze von 29 431 Angeklagten 27 704 verurteilt worden (gegenüber 29 444 Angeklagten mit 27 751 Verurteilungen im Jahr 1927). Die allgemeine Kriminalität hat hiernach in Baden gegenüber dem Vorjahr, wenn auch unbedeutend, abgenommen. Von den Verurteilten waren 3432 weiblichen Geschlechts (1927 = 3487). Wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Reichsgesetze bereits vorbestraft waren 10 563 (9142) Personen; freigesprochen wurden von den 29 431 Angeklagten 1626 oder 5,52 v. H. (1927 betrug dieser Hundertsatz bei 1585 Freisprechungen 5,38). Gegenüber 101 (108) Personen wurde das Verfahren eingestellt.

Unter den Angeklagten wurden 1057 Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren gezählt, von welchen 1029 oder 97,35 v. H. verurteilt wurden (im Jahr 1927 fanden hingegen nur 848 Jugendliche vor dem Strafrichter, wovon gegen 821 oder 96,82 v. H. ein Strafurteil erging). Die Verurteilung Jugendlicher hat im Jahr 1928 gegenüber 1927 hiernach recht erheblich (um 25,33 v. H.) zugenommen.

Was die ergangenen Urteile über Verbrechen oder Vergehen anbelangt, so wurde 1928 in keinem Fall mehr auf Todesstrafe erkannt (1927 noch in 2 Fällen). In 145 Fällen (1927 = 169) lautete das Urteil auf Zuchthaus, 6563 (6889) Personen wurden mit Gefängnisstrafen belegt, hiervon 368 (430) zu mindestens 1 Jahr. Gegen 7 (23) Personen wurde auf Festungshaft erkannt und gegen 21 (28) Haft oder Arreststrafe ausgesprochen. Am häufigsten war selbstverständlich der Ausspruch von Geldstrafen, nämlich gegen 20 964 Personen (1927 = 20 639), die bürgerlichen Ehrenrechte wurden 198 (269) Personen aberkannt.

Interessant ist ein Vergleich der am häufigsten vorgekommenen Verbrechen und Vergehen. Es wurden rechtskräftig verurteilt wegen Diebstahls 2932 Personen (1927 = 2904), wegen Körperverletzung 2728 (2204), Betrugs 2168 (2057), qualifizierter Körperverletzung 1669 (1435), Beleidigung 1610 (1634), Unterschlagung 1305 (1269), Widerstands gegen die Staatsgewalt 784 (678), Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit 704 (696), Sachbeschädigung 565 (406), Urkundenfälschung 564 (575), gemeingefährlicher Verbrechen und Vergehen 494 (368). Auffallend ist die starke Zunahme der Verurteilungen wegen Sachbeschädigung mit 39,2 v. H., wegen gemeingefährlicher Verbrechen und Vergehen (Brandstiftung u. dgl.) mit 34,2 v. H., wegen Körperverletzung mit 23,8 v. H. und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt mit 15,6 v. H. Bei den übrigen Verbrechen und Vergehen war hingegen fast regelmäßig eine Abnahme der Kriminalität gegenüber dem Vorjahre festzustellen.

Deutsch-französisches Studententreffen in Mannheim

Das Auslandsamt des deutschen Studentenverbandes hält bekanntlich vom 18. bis 21. September in Mannheim ein deutsch-französisches Studententreffen ab, das erste Studententreffen dieser Art nach dem Kriege. Zu dem Begrüßungsabend am Dienstag hatten sich etwa 100 deutsche und französische Studenten eingefunden. Man sah u. a. den französischen Konsul in Mannheim, den Präsidenten der deutsch-französischen Gesellschaft in Berlin, ferner den Generalsekretär des Weltstudentenverbandes in Genf und Vertreter der akademischen Auslandsstelle der Universität Heidelberg.

Zunächst betonte der Vorsitzende des deutschen Studentenverbandes, als Zweck der Veranstaltung die freundschaftliche Annäherung deutscher und französischer Akademiker im Interesse der Völkerverbrüderung. — Der Mannheimer Oberbürgermeister gab darauf seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieses Studententreffen gerade in Mannheim gehalten werde. Mit der endgültigen Räumung des Rheinlandes habe Frankreich den Weg zu einer wirklichen Verständigung wesentlich herbeiführen helfen. Man könne nicht umhin, der vorbildlichen Arbeit Brandaus und Stefemanns zu gedenken, deren Namen für die Verständigungspolitik symbolisch geworden seien. Es sei zu begrüßen, wenn gerade die Jugend Deutschlands und Frankreichs das Friedensziel immer vor Augen habe. — Ein französischer Studentenvorsteher begrüßte dieses studentische Verständigungstreffen an den Ufern des Rheins. Für die Zukunft sei es notwendig, eine methodische Arbeitslinie für die Verständigung zu finden. Der Leiter des Auslandsamtes des deutschen Studentenverbandes betonte: Wir wollen einander näher kennen lernen, einander in die Seele schauen und so zur Verbrüderung der Völker und der Rettung der bedrängten europäischen Kultur beitragen.

Räumung der Kohntalröhre in Obersachsen. Wie der Arbeitsverband der ober-sächsischen Montanindustrie mitteilt, sind die Kohntalröhre im Kohlenbergbau und im Erzbergbau für den 31. Oktober gekündigt worden.

Letzte Nachrichten

Panuropa und der Völkerbund Annahme einer Entschlebung durch die Vollversammlung

W. Z. Genf, 17. Sept. (Tel.) Die Völkerbundsversammlung hat die gestern eingebrachte Entschlebung über den Plan einer europäischen Föderation einstimmig angenommen. Die von einigen Staaten bestimmte Änderung besteht darin, daß in dem Satz, der von der Einziehung der europäischen Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes zu den Arbeiten des Ausschusses spricht, das Wort „europäisch“ gestrichen wurde, so daß die neue Formel auch die außer-europäischen Staaten umfaßt. Der Präsident stellte nach der Annahme der Entschlebung fest, daß nunmehr die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen sei, dessen Aufgabe sich aus der Entschlebung selbst ergebe.

Der Antrag der chinesischen Delegation, China die Wiederwählbarkeit für den Völkerbund zuzuerkennen, wurde bei der Abstimmung abgelehnt. China erreichte mit 27 Stimmen zwar die absolute Mehrheit, aber nicht die sachungsgemäße für seinen Antrag notwendige Zweidrittelmehrheit.

Die von der französischen Delegation im Namen der mitunterzeichneten Delegationen vorgelegte Entschlebung, auf die sich im Laufe des Dienstags fast alle Mitglieder des Völkerbundes geeinigt hatten, und die der Völkerbundsversammlung heute zur Beschlußfassung vorlag, lautet u. a.:

Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens von grundlegender Bedeutung ist. Sie fordert die Regierungen auf, die in Angriff genommene Untersuchung fortzusetzen und die ersten Ergebnisse dieser Prüfung sobald wie möglich in Form eines konkreten Vorschlages in einem Bericht niederzulegen, der so rechtzeitig ausgearbeitet werden soll, daß er der nächsten Völkerbundsversammlung vorgelegt werden kann.

Die Entschlebung ist von den Vertretern von 45 Staaten unterzeichnet, darunter von denen Deutschlands, Österreichs, Belgiens, Großbritanniens, Bulgariens, Kanadas, Dänemarks, Spaniens, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Ungarns, Irlands, Japans, Lettlands, Litauens, Luxemburgs, Norwegens, der Niederlande, Polens, Portugals, Rumaniens, Schwedens, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens.

Die neuen nichtständigen Ratsmitglieder

W. Z. Genf, 17. Sept. (Tel.) Die Völkerbundsversammlung hat an Stelle der auscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder Kanada, Kub und Finnland für die nächsten drei Jahre Guatemala, Norwegen und Island zu Mitgliedern des Völkerbundsrates gewählt. Guatemala erhielt 43, Norwegen 38 und Island 36 Stimmen. Portugal hatte bei der Abstimmung 30 Stimmen erhalten.

Sensationeller Diebstahl

W. Z. London, 17. Sept. (Tel.) „Daily Mail“ veröffentlicht in sensationeller Form eine Genfer Meldung, wonach im Hotel bei Noel Bakers, dem Privatsekretär des britischen Außenministers Henderson, ein Diebstahl von hoher politischer Bedeutung vollführt worden sei. Dem Einbringer sei es gelungen, die Schlüssel von Depeschkästen zu entwenden, die denen abnehmen, die vom britischen Auswärtigen Amt zur Überwindung vertraulicher Dokumente an Bolschewisten gebraucht werden. Bald nach der Entdeckung des Diebstahls sei die Anweisung erteilt worden, die Schlösser der Depeschkästen zu ändern.

Konflikt Uruguay-Peru

Abbruch der diplomatischen Beziehungen

W. Z. New York, 17. Sept. (Reuters.) Aus Montevideo wird gemeldet, daß die Regierung von Uruguay beschloß, die diplomatischen Beziehungen mit Peru abzubrechen, weil die peruanische Regierung den uruguayischen Gesandten, Forstaba, in Lima für unerwünscht bezeichnet hat, da er bei dem Amtszug dem Präsidenten Reguira und einigen seiner Anhänger Unterschlupf gewährt habe.

Reichstagszusammentritt am 13. Oktober. Der neue Reichstag wird, wie jetzt feststeht, am 13. Oktober zum ersten Male zusammentreten. Dieser Termin ist am Dienstag in einer Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichstanzler vereinbart worden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei wählte in ihrer ersten Fraktionsversammlung am heutigen Mittwoch im Reichstag den Abgeordneten Dr. Weber zum Fraktionsvorsitzenden, und bestellte zu Vorsitzenden die Abgeordneten Bornemann, Frau Dr. Bäumer und Oskar Meyer. Es verlautet, daß der bisherige Fraktionsvorsitzende, Staatssekretär Meyer, der Parteivorsitzende Koch-Weber selbst darauf Wert gelegt hätten, daß die neue Reichstagsfraktion der neuen Partei auch von neuen Männern geführt werde.

Ein blutiger Zusammenstoß in Urm. In Urm kam es zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei 18 Personen schwer verletzt wurden.

* Der Weg sachlicher Arbeit

Reichstagswahlergebnisse sind nicht etwa Schriften zu vergleichen, deren Bedeutung man gar nicht oder nur schwer entziffern kann, sondern sie malen eine recht lesbare Schrift an die Wand. Und nur solche Politiker, die nicht lesen wollen oder gar zu kurzfristig sind, verfehlen die Worte nicht, die dort an der Wand stehen. Gewiß, manchmal kann bei schlechter Beleuchtung auf den ersten Blick hin eine falsche Schlussfolgerung gezogen werden. Dann aber hat das mächtigere Urteil einzusehen, und die Korrektur wird nicht ausbleiben.

Zimmer handelt es sich darum, das entscheidende Merkmal einer Wahl zu erkennen. Das entscheidende Merkmal der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ist nun aber nicht, wie man vielfach auch in den Zeitungen des Auslands lesen kann, die Radikalisierung nach Rechts und nach Links, die Stärkung der radikalen Flügelparteien auf Kosten der Mitte, sondern das Charakteristikum der Wahl ist die Verlegung des Schwergewichts nach Rechts, und zwar nach der äußersten Rechten.

Wir haben schon am Montag in unserm ersten Artikel zur Reichstagswahl darauf hingewiesen, daß im Vergleich zu dem ungeheuren Gewinn der Nationalsozialisten der Gewinn der Kommunisten keine Rolle spielt. Man darf ferner nicht außer acht lassen, daß sich von jeher, solange es neben der Sozialdemokratie eine radikale Linke gibt, bei jeder Wahl eine Grenzverschiebung zwischen gemäßigter Linken und radikaler Linken vollzogen hat, daß bisher immer in relativ ruhigen Zeiten die Sozialdemokraten auf Kosten der Kommunisten etwas zunahmten, dann aber wieder in den Zeiten wirtschaftlichen Elends die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokraten zunahmten. Der Stimmengewinn der Kommunisten hat niemand überraschen können. Überraschend ist höchstens die Tatsache, daß er nicht größer gewesen ist.

Der prozentuelle Stimmenanteil der Kommunisten betrug im Jahre 1928 10,5 Proz., und heute beträgt er 13 Proz. Dafür ist die Sozialdemokratie am 14. September von 30 auf 24,5 Proz. zurückgegangen. Die sozialistischen Parteien zusammen haben bei der Reichstagswahl 1928 40,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, am 14. September nur 37,5 Proz.

Welches Bild ergibt sich nun, wenn wir einmal den prozentuellen Stimmenanteil der Linken, der Mitte und der Rechten vergleichsweise unterziehen und dabei auch die letzte Reichstagswahl vor dem Kriege, die des Jahres 1912, heranziehen? Wir betrachten dabei natürlich die Demokraten (Staatspartei) als die Nachfolger der Fortschrittsparteien und die Deutsche Volkspartei als die Nachfolgerin der Nationalliberalen. Beim Zentrum ist zu berücksichtigen, daß 1912 die Loslösung der Bayerischen Volkspartei noch nicht erfolgt war, daß man also für die Jahre nach der Revolution Zentrum und Bayerische Volkspartei zusammenzuzählen hat. Im übrigen ist ja bekannt, daß vor dem Kriege bei einem andern Wahlsystem die Zahl der abgegebenen Stimmen im Parlament keinen entsprechenden Ausdruck fand.

bleiben wir zunächst bei der Linken! Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1912 rund 42,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt. Am 14. September 1930 betrug der Anteil der beiden sozialistischen Parteien, wie eben erwähnt, 37,5 Proz. Das ist also ein Rückgang.

Dann die Parteien der Mitte! Die Nationalliberalen hatten 1912 rund 13,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen gewonnen, die Fortschrittler rund 13 Proz., das Zentrum rund 16,5 Proz. Macht zusammen rund 43 Proz. aus. Das heißt: die Mitte allein war damals so stark, daß sie der Linken ein Paroli bieten konnte. Wie ist der Stand heute? Die Parteien der Mitte, zu denen wir Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Staatspartei und, wenn man so will, auch die schon an der Grenze der Rechten stehende Wirtschaftspartei rechnen, haben am 14. September 1930 insgesamt nur noch 27 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Das ist gegenüber der Ziffer von 1912, aber auch gegenüber den Ziffern von 1924 und 1928 ein sehr erheblicher Rückgang.

Und jetzt die Rechte! Alle Parteien der Rechten, zu der sich natürlich auch die Nationalsozialisten zählen, haben ohne die Wirtschaftspartei 37,3 Proz. aller abgegebenen Stimmen am 14. September auf ihre Listen vereinigt. 1928 hatte die gesamte Rechte nur 20,5 Proz., am 7. Dezember 1924 25 Proz., und im Jahre 1912 rund 14,5 Prozent. Es mag Volksgenossen geben, die Zahlen nicht lesen können und auch nicht lesen wollen. Wer es für

Seine Pflicht hält, nüchternen Blicks die Tatsachen zu betrachten und ihre Bedeutung auf Grund eines unbestechlichen Urteils zu schildern, der kann aus unserer ziffermäßigen Betrachtung nur die eine Schlussfolgerung ziehen, daß seit der Vorkriegszeit — mit der einen Ausnahme der Reichstagswahl in der Revolutionszeit — die Rechte immer stärker geworden ist. Es hat sich eine ganz klar erkennbare Verlagerung nach Rechts vollzogen, und zwar auf Kosten der Mitte, zugleich mit einer deutlichen, wenn auch nicht sehr erheblichen Schwächung der Linken. Und am stärksten tritt diese Verlagerung nach rechts in dem Reichstagswahlergebnis vom 14. September 1930 in Erscheinung. Auf der Rechten ist es der radikale Flügel, dem diese Verlagerung zugute gekommen ist.

Für den Staatspolitiker ergibt sich aus dieser Erkenntnis nur die Alternative: entweder durch eine positive, dem Willen der Volksmehrheit und dem Ergebnis der Wahlen entsprechende Politik dem Rechtsradikalismus den Wind aus den Segeln zu nehmen und die verlorengegangenen Wähler der Mitte wieder zurückzugewinnen oder aber in irgendeiner Form mit der Rechten zu paktieren, das heißt, ihr von vornherein bei der Führung der Geschäfte die Verantwortung mit auf die Schultern zu laden. Das Kabinett Brüning, das kluge Männer genug umfaßt, um die Bedeutung der letzten Wahl richtig zu beurteilen, hat sich für die erste Möglichkeit entschieden: es will in konsequenter Fortführung seiner bisherigen Politik ein Programm ausarbeiten und dieses dem Reichstag vorlegen. Das ist der Weg sachlicher Arbeit, der damit beschritten wurde!

Natürlich wird zunächst alles auf dieses Programm ankommen. Wenn es — wovon wir überzeugt sind — den Notwendigkeiten der Stunde entspricht, wird die Stellung des Kabinetts von vornherein moralisch sehr stark sein. Viel gefährlicher ist die zweite Klippe, nämlich die Abstimmung im Reichstag selbst. Schon dann, wenn einschneidende Abänderungsanträge oder Mißtrauensvoten eine Mehrheit finden, würde die ganze mühselige und aufopferungsvolle Arbeit des Kabinetts bedroht sein, und dann nur noch der Weg zur neuen Reichstagsauflösung oder zum Artikel 48 übrig bleiben.

Wie es scheint, wollen die Nationalsozialisten nur dann für das Kabinett stimmen, wenn sie in aller Form an der Regierung beteiligt werden. Denn die Nationalsozialisten wünschen — und es ist gut, daß die politische Öffentlichkeit sich einmal über die Bedeutung dieses Wunsches ganz klar wird —, daß im Reich und in Preußen nicht nur ein Systemwechsel, sondern auch ein vollkommener Personenwechsel eintritt, ein Personenwechsel, der vor allem die Anhänger der Sozialdemokratie und der Staatspartei betreffen würde.

Bliebe also als letzte Hoffnung bei etwaigen Abstimmungen die Sozialdemokratie! Wenn sich das Gros der sozialdemokratischen Fraktion neutral verhält und ein Teil für das Kabinett stimmt, könnte dessen Programm durchgeführt werden. Aber man muß sich ganz klar vor Augen halten, daß dieses Programm, zumal wenn es die Unterschrift eines Scheie und Trevisanus trägt, sicherlich nicht den Wünschen der Sozialdemokratie entsprechen wird.

So, wie wir es hier geschildert haben, liegen die Dinge. Schimären nachzujagen oder unangebrachten Optimismus zu pflegen, dafür ist die Stunde zu ernst und zu schicksalvoll. Am besten dient man seinem Volke, indem man ihm die Wahrheit sagt, und indem man sich selbst ein unbestechliches und nüchternes Urteil bewahrt, mögen die Schlussfolgerungen einer solchen nüchternen Betrachtung auch wehe tun.

Auf das Thema „Wahlen und Außenpolitik“ werden wir morgen zu sprechen kommen. Aus der Menge der sonstigen Meldungen seien hier lediglich zwei registriert. Die eine besagt, daß Graf Westarp als Sprecher der gemäßigten Rechten in der „Kreuzzeitung“ die „Große Koalition als niemals in Frage kommend“ bezeichnet, statt dessen die Koalition mit den Nationalsozialisten empfiehlt, um sie zur praktischen Mitarbeit am Staate zu erziehen, und in diesem Zusammenhang die Loslösung des Zentrums von der Sozialdemokratie in Preußen wünscht. Die zweite Meldung bezieht sich auf eine Rede Hitlers vom gestrigen Tage. Darin wird betont, daß „der Kampf um die Erlangung der Macht im Staate nur auf dem legalen Boden der Verfassung erfolgen werde“, und daß die Nationalsozialisten nur „Revolutionäre des Geistes“ seien, aber „gewalttätigen Rutsch oder Umsturz ablehnten“. Na, wir müssen gestehen, daß wir uns „Revolutionäre des Geistes“ bisher immer anders vorgestellt haben.

Die Lage in Braunschweig. Das Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen, die ebenfalls am 14. September stattfanden, entspricht in seiner Tendenz den Reichstagswahlen. In der Zusammensetzung des neuen Landtags stehen den 18 Sitzen der Sozialdemokraten und der Staatspartei 11 Mandate der Bürgerlichen Einheitsliste und 9 der Nationalsozialisten gegenüber. Die Staatspartei ist gegen ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten, die Volkspartei gegen die Große Koalition.

Die Reichswehrmanöver haben in Franken begonnen. In Bad Kissingen, wo sich das Hauptquartier der Manövertruppen befindet, beleben Truppen aller Waffengattungen die Straßen. Eine größere Anzahl fremder Offiziere aus Rußland, Japan, Italien, Bulgarien, Großbritannien und anderen Ländern weilen als Manövergäste der Heeresleitung in Kissingen.

Die Tagung für Denkmalspflege und Heimatschutz wurde in Köln eröffnet. Etwa 600 Teilnehmer aus ganz Deutschland haben sich eingefunden, ferner Vertreter der Tschechoslowakei, Ungarns, der Schweiz, Österreichs und Hollands.

Die Reichstagswahlen in Württemberg Zentrum jetzt stärkste Partei

In Württemberg vollzogen sich die Reichstagswahlen unter einer Steigerung der Wahlbeteiligung, die durchschnittlich 81 Prozent betrug, die in einigen Bezirken und Städten aber bis zu 90 Prozent ging.

Bemerkenswert ist zunächst die ungewöhnliche Zunahme der Zentrumsstimmen von 235 161 auf 304 314. Nicht in einem einzigen Wahlkreis ist die Zahl der Zentrumsstimmen zurückgegangen. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Zahl der Zentrumsabgeordneten, die Württemberg nach Berlin schickt, von 8 auf 5 gestiegen ist. Von besonderem Interesse ist das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten. Die Sozialdemokraten haben ihre vier Sitze behalten und 283 837 Stimmen gegen 271 011 Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen erreicht. Die Kommunisten haben nur in einem einzigen Bezirk eine kleine Einbuße erlitten, während sie im ganzen um fast 50 000 Stimmen gewonnen haben.

Alle diese Steigerungen sind aber eigentlich fast nur ein Kinderpiel gegenüber dem riesenhaften Anwachsen der Nationalsozialisten, von 21 739 auf 131 683 Stimmen. Ein weiteres Kennzeichen des Wahlausgangs in Württemberg ist die Steigerung der Stimmengahl des Christlichen Volksdienstes. Die Deutschnationalen, die von 71 686 auf 55 206 Stimmen zurückgegangen sind, haben ihren eigenen württembergischen Abgeordneten verloren. Die Nationale Volksgemeinschaft hat es mit 13 056 Stimmen nur auf einen Achtungserfolg gebracht, und der Bauernbund konnte nur mit Mühe seine drei Sitze behaupten.

Der Wirtschaftspartei ist es mit Hilfe der badischen Stimmen gelungen, ihren Spitzenkandidaten in den Reichstag zu bekommen. Die Volkspartei ist von 42 000 auf 29 000 Stimmen zurückgegangen.

Von besonderem Interesse war der Ausgang der Wahl für die Einheitsliste der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Nur in drei Bezirken konnte die Einheitsliste die alte Stimmengahl etwas erhöhen. Die Liste der Haus- und Grundbesitzer hat wie anderswo so auch in Württemberg verfallen.

Aberhaupt man das Ergebnis der Wahl, so steht man, daß die Stärkeverhältnisse der württembergischen Parteien außerordentlich geschwächt haben. Während bisher die Sozialdemokratie die stärkste Partei gewesen ist, ist nunmehr das Zentrum mit seinen 304 314 Stimmen an die Spitze gerückt. Es folgen die Sozialdemokraten, dann Bauernbund, Einheitsliste und dicht nebeneinander Kommunisten und Nationalsozialisten.

Das Wahlergebnis in Bayern Gewinn der Bayerischen Volkspartei

Das hervorsteckendste Charakteristikum des Wahlausgangs in Bayern ist der außerordentlich starke Stimmengewinn der Nationalsozialisten, die es in den vier bayerischen Wahlkreisen auf zusammen 677 507 Stimmen gegenüber 215 932 Stimmen der Hitlerbewegung und 12 778 Stimmen des Volksdienstes bei der Reichstagswahl 1928 gebracht haben, also ihre Stimmengahl rund verdreifachen konnten. Auch die Bayerische Volkspartei hat einen sehr beträchtlichen Gewinn mit 1 174 471 Stimmen gegenüber 945 580 Stimmen erzielt. Ebenso wartet die Landvolkspartei mit der beträchtlichen Stimmengahl von rund 178 000 Stimmen auf, die auf das Verlustkonto der Deutschnationalen zu buchen sind. Einen erheblichen Stimmengewinn hat auch der äußerste linke Flügel ebenso wie der äußerste rechte mit 223 646 Stimmen 1930 gegenüber 129 945 Stimmen 1928 aufzuweisen.

Den gewaltigsten Verlust weisen naturgemäß durch die Aufspaltung des Landvolkes und der Volkonservativen die Deutschnationalen auf, die von 338 585 Stimmen im Jahre 1928 nur 75 033 Stimmen in den vier bayerischen Wahlkreisen behalten haben. Auch der Bauernbund ist in Mitleidenschaft gezogen worden und hat rednerisch einen Stimmenverlust von 95 000 Stimmen in Bayern zu beklagen. Auch die Sozialdemokraten weisen mit 727 833 Stimmen gegen 826 295 Stimmen einen Rückgang auf. Die Deutsche Volkspartei ist von 129 294 auf 71 734 Stimmen zurückgegangen und hat damit fast die Hälfte der Wähler verloren. Nicht ganz so schroff ist der Rückgang bei der Staatspartei, die von 101 235 demokratischen Stimmen 1928 auf 70 093 Stimmen bei dieser Wahl zurückgegangen ist. Den ungefähren Besitzstand behaupten konnten von den Parteien der Mitte nur die Wirtschaftspartei, die mit 108 856 Stimmen gegen 107 385 Stimmen 1928 nur wenige Wähler verloren hat. Die von den Deutschnationalen abgesplitterten Volkonservativen konnten es nur auf 57 950 Stimmen bringen, haben also in den vier bayerischen Wahlkreisen zusammen nicht die Stimmengahl aufgebracht, auf die ein Abgeordneter in einem Wahlkreis oder auf Verbandswahlvorschlag entfallen könnte.

Nach den den Wahlziffern zugrunde liegenden Ergebnissen büchten aus Bayern und der Pfalz 49 Abgeordnete in den Reichstag einziehen. Hieron stellen die Sozialdemokraten 12, die Kommunisten 2, die Bayerische Volkspartei 17, zu denen sich in der Pfalz noch ein Abgeordneter aus der gemeinsamen Liste mit dem Zentrum gesellt, die Nationalsozialisten 10, der Bauernbund 4, das Landvolk 2 und die Wirtschaftspartei einen Abgeordneten. Der Kandidat der Konservativen, Lettom-Vorbed, ist nicht gewählt.

Wie haben die Frauen gewählt?

In Offenburg erfolgte die Abstimmung zur Reichstagswahl 1930 getrennt nach Geschlechtern:

Es waren stimmberechtigt 5315 Männer (M.) und 6932 Frauen (F.). Gültige Stimmen wurden abgegeben 4689 M. 5517 F. Es erhielten die Sozialdemokraten 692 M und 587 F, die Deutschnationalen 163 M und 208 F, Zentrum 1008 M und 2060 F, Kommunisten 573 M und 489 F, Einheitsliste 568 M und 598 F, Wirtschaftspartei 377 M und 415 F, Nationalsozialisten 1156 M und 958 F, Badische Bauern 2 M und 1 F, Volkspartei 50 M und 58 F, Deutsche Bauernpartei 1 M und 1 F, Konservative Volkspartei 28 M und 23 F, Evangelischer Volksdienst 72 M und 165 F, Polenpartei 1 M und 1 F, Haus- und Grundbesitz 3 M und 3 F.

Auch in Frankfurt a. M. war bei der Reichstagswahl diesmal die Trennung von männlichen und weiblichen Wählern durchgeführt worden. Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus:

Sozialdemokraten: 44 790 Männer und 44 924 Frauen. Deutschnationalen: 3110 — 4025. Zentrumsparlei: 18 309 — 22 850. Kommunisten: 27 963 — 21 478. Volkspartei: 13 124 — 15 772. Christlichsoziale Volksgemeinschaft: 233 — 467. Deutsche Staatspartei: 9295 — 9826. Wirtschaftspartei: 7814 — 7890. Nationalsozialisten: 35 852 — 92 646. Landvolkspartei: 853 — 780. Volkspartei: 383 — 492. Bauernpartei: 25 — 33. Konservative Volkspartei: 1117 — 1064. Christlichsozialer Volksdienst: 3542 — 6845. Kriegsbefähigte und Hinterbliebene: 132 — 112. Unabhängige Sozialdemokratische Partei: 130 — 86.

Eine vorläufige Wahlbehörde. Wohl aus Sparmaßregeln hat das holländische Wahlamt Neu-Ilm die Wähler aufgefordert, ihre Wählerausweise von der Reichstagswahl „für etwaige weitere öffentliche Wahlen“ aufzubewahren.

Prälat Kaas und die Rheinlandbewegung Die Bewegung von 1919 war nicht separatistisch

Von Zentrumsseite wird mitgeteilt:

Von nationalsozialistischer Seite wird auf Grund eines Telegramms, das im März 1919 aus Trier an den Geh. Rat Trimborn, den Führer des rheinischen Zentrums, gerichtet wurde, gegen das Zentrum und in besonderer Weise gegen Prälat Dr. Kaas der Vorwurf landesverräterischer Bestrebungen erhoben. Prälat Kaas hat bereits in der großen Zentrumskundgebung in Karlsruhe gegen diesen ungerechtfertigten Vorwurf entschieden Stellung genommen und erklärt, daß zwischen der lauterer Rheinlandbewegung von damals und den späteren separatistischen Bestrebungen keinerlei Verbindung besteht.

Das von nationalsozialistischer Seite zitierte Telegramm wurde damals von dem Lederfabrikanten Schmidt in Trier an Trimborn abgefaßt und hatte nach einem jetzt von ihm an Prälat Dr. Kaas gerichteten und in der Presse veröffentlichten Brief keinerlei politischen Charakter. Was die Rheinlandbewegung von damals hervorrief, war nach dieser Erklärung die Furcht, daß die Franzosen das Rheinland unter französische Herrschaft bringen wollten. Um nicht im Falle eines erneuten Krieges rheinisches Blut gegen deutsches Brüderblut kämpfen zu lassen, hat Fabrikant Schmidt mit anderen an die Bildung eines selbständigen, absolut aber zum deutschen Vaterland gehörigen Rheinland gedacht, ebenso wie Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen selbständige Freistaaten sind.

Die Rheinlandbewegung, so wie sie damals gedacht war, war eine allgemeine Erhebung und Abwehr gegen die französischen Annexionsgefahren. Sie hatte mit späteren Bewegungen, vor allem mit der separatistischen Bewegung des Jahres 1923, auch nicht das geringste zu tun. Fabrikant Schmidt hat in seinem Schreiben an Prälat Kaas ausdrücklich hervor, daß dieser dauernd mit allen Kräften gegen jeden Versuch aufgetreten ist, die rheinische Bewegung in falsche und gefährliche Bahnen zu lenken und sich gerade deshalb aus separatistischen Kreisen die stärkste Feindschaft zugezogen hat. Fabrikant Schmidt erklärt ferner, der seinem Telegramm einen anderen Sinn unterlegt, als einen gewissenlosen Verleumdung und Lügner.

Kommunistische Obstruktion im Berliner Stadtparlament. In der Dienstagsitzung der Berliner Stadteordnetenversammlung kam es zu wüsten Lärmereien der Kommunisten, deren Dringlichkeitsanträge gegen die Notverordnungen der Reichsregierung, die bereits schon einmal in einer Plenarsitzung verhandelt werden sollten, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Die Kommunisten machten einen detourierten Lärm, daß eine weitere Verhandlung unmöglich war.

In den Metallwerken der Unterweser AG, Bremen, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Eine rote Danzig an Polen. Der Danziger Senat hat in einer Note an Polen wegen der überhandnehmenden Fälle Dirschweide geführt, in denen Danziger Staatsangehörige in Dirschweide Annehmlichkeiten und Beschimpfungen seitens polnischer Organe ausgeübt sind.

Wiederaufnahme der Arbeit in Nordwestfrankreich. Im nordwestfranzösischen Streikgebiet ist infolge der erfolgreichen Vermittlung des Arbeitsministers am Montag die seit Anfang August ruhende Arbeit in den meisten Fabriken wieder aufgenommen worden.

Wieder drei Todesurteile in Rußland. Wie die Telegramm-Agentur der Sowjetunion meldet, stellte die staatspolitische Verwaltung (G.P.U.) fest, daß in vielen großen Unternehmen der Staatsindustrie und des Transportwesens gegenrevolutionäre Elemente zu Schädigungszwecken Bedingungen schafften, die Schadenfeuer herbeiführten und beim Ausbruch des Feuers die Löscharbeiten hinderten. In diesem Zusammenhang wurden drei Personen zum Tode verurteilt, fünf Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen in verschiedener Höhe.

Picards erster Versuch mißglückt

Der erste Startversuch des Professors Picard zum Stratosphärenflug in Augsburg ist mißglückt, da die Aluminiumhülle des Ballons sich wegen des starken Südwestwindes nicht vom Boden hob. Professor Picard und sein Assistent, die bereits in der Gondel Platz genommen hatten, mußten sie wieder verlassen, und der Ballon mußte wieder entleert werden. Wenn der Versuch wiederholt wird, hängt von der Entwicklung der Wetterlage ab. Infolge des starken Windes würde der 55 Meter hohe Ballon in eine derartige Schräglage gedrückt, daß beim Start die Kabine erst eine längere Schlepplänge am Boden hätte ausführen müssen, ehe sie vom Ballon emporgezogen werden wäre. Ein Start ohne Beschädigung der Instrumente war also unmöglich. Man mußte sich daher entschließen, den Aufstieg zu verschieben und den Ballon durch Ziehen der Reißbahn zu entleeren. Wenn man von der verlorenen Arbeit und den 2200 Kubikmeter Wasserstoff abzieht, so ist dem Unternehmen kein Schaden entstanden.

Ein gerichtliches Nachspiel der Stuttgarter Tridimocaffäre ist nicht zu erwarten. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat nach eingehender Untersuchung das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung mit Beschluß vom 20. Mai eingestellt. Die hiergegen erhobene Beschwerde hat die Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht mit Beschluß vom 30. Mai zurückgewiesen. Gegen diese Verfügung hat ein Vertreter die Entscheidung des Gerichts angefochten. Der Strafenrat des Oberlandesgerichts hat jedoch diesen Antrag mit Beschluß vom 10. September verworfen.

Eine überaus mangelhafte Revision ermöglichte es dem 32 Jahre alten, verheirateten Buchhalter Friedrich Weis von Stuttgart, bei der Stuttgarter Lagerhausgesellschaft in der Zeit von Januar 1925 bis Januar 1930 rund 38 000 Reichsmark zu veruntreuen. Nach dem im Jahre 1924 bei der Lagerhausgesellschaft aufgedeckten Verfehlen des damaligen Direktors und anderer Angestellten rüdte er im Jahre 1925 auf den Kosten des Kassiers auf. Dabei fing er gleich am ersten Tag seiner neuen Tätigkeit an, in seine Tasche zu arbeiten. Das Schöffengericht in Stuttgart verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

In der Kölner Friedenskirche wurden 719 Dergelbseifen im Werte von 2600 RM gestohlen.

In einer Spülfabrik in Rudow bei Berlin explodierte heute, Mittwoch, früh ein Benzollager, wodurch 10 000 Liter Benzol in wenigen Sekunden in hellen Flammen standen. Die Feuerwehr löschte den Brand mit 9 Schlauchleitungen und zwei Schaumlöschgeräten. Ein Arbeiter wurde verletzt.

In einer Gemeindefschule des Berliner Bezirks Reinickendorf-West sind heute, Mittwoch, vormittag etwa 30 Schulkinder in den Streif getreten. Die Kinder veranfaßten eine Kundgebung, bei der sie ein Plakat mit der Aufschrift „Wir Streikenden fordern Wiedereinstellung des Lehrers G.“ heranzogen.

Der Beklatter Oberbürgermeister Dr. Kühn hat sich am Grabe seines Kindes erschossen. Gegen ihn war ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen Fertigstellung im Frühjahr 1932

Das Neubauprogramm der Reichsbahndirektion Ludwigshafen hat die Vorarbeiten für den Bau der neuen Rheinbrücke so weit gefördert, daß im Laufe der nächsten Woche die Verträge mit den ausführenden Firmen abgeschlossen sein dürften. Dann wird in etwa 14 Tagen mit dem Bau begonnen. Er wird zuerst auf dem linken Rheinufer in Angriff genommen, und zwar fängt man mit der Erstellung der Rampen an.

Die Arbeiten des Gesamtbauwerks zerfallen — wie die „N. Rhein. Ztg.“ mitteilt — in zwei Teile: Bau der eigentlichen Brücke und der anschließenden Rampen. Die Arbeit an letzteren wird auf der Ludwigshafener wie der Mannheimer Seite so eingeteilt, daß die Rampen fertig sind, wenn die Brücke vollendet ist. So bleibt für die Arbeiten an der eigentlichen Brücke Spielraum, ohne daß der Bahnbetrieb eine Störung erleidet. Die längste Zeit des eigentlichen Brückenbaues wird die Einsetzung der Widerlager und Pfeiler in Anspruch nehmen. Der eiserne Oberbau, der auf sie aufgesetzt wird, ist bis Ende des nächsten Jahres in den Werkstätten der ausführenden Firma fertiggestellt und kann dann angefahren werden.

Das Bauprogramm, das Reichsbahndirektion Ludwigshafen am 2. der Ludwigshafener Eisenbahndirektion aufgestellt hat, sieht vor, daß die Brücke im Frühjahr 1932 dem Bahnbetrieb übergeben werden kann. Dann wird sofort die jetzige Brücke in eine Straßenbrücke umgebaut. Im Laufe des Jahres 1932 soll dann die gesamte Brücke dem Verkehr offenstehen. Vorausgesetzt wird dabei freilich, daß die bewilligten Geldmittel ohne Verzögerungen eingehen.

Gleichzeitiger Baubeginn in Speyer und Mainz?

Das bayerische Staatsministerium des Innern teilte dem Verkehrsverband der Südpfalz, der sich erneut für die Welschleimung des Mainzer Brückenbaues eingesetzt hat, mit:

In dem Abkommen zwischen Reich, Reichsbahn, den Ländern Bayern und Baden, das auch von den Ländern anerkannt ist, ist festgelegt, daß die drei Rheinbrücken gebaut werden. Aus finanziellen Gründen ist nicht daran zu denken, daß die drei Rheinbrücken gleichzeitig in Angriff genommen werden. Bezüglich der Reihenfolge der Brückenbauten steht bis jetzt nur fest, daß die Ludwigshafener Brücke als erste Brücke gebaut wird. Die Frage, ob als zweite Brücke die Mainzer oder die Speyerer Brücke, oder ob beide Brücken gleichzeitig in Angriff genommen werden, ist noch nicht entschieden.

Aus der badischen Landwirtschaft

25 Mrd. für den Zentner Hopfen. Die Hopfenernte ist, wie aus Mitteilungen gemeldet wird, abgeschlossen und ebenso das Pflücken und Trocknungsgeschäft. Die Hopfenpflanzer haben aber bisher vergebens auf die Käufer gewartet, eine Ernte, die bisher noch nie dagewesen ist. Es ist möglich, daß die strittige Frage der Stimmung beeinflusst, entscheidend ist jedoch die allgemeine Depression an der Hopfenbörsen. Das erste Angebot lautet auf 25 Mrd. pro Zentner.

Die Christliche Bauernhochschule auf dem Marlenhof bei Kirchzarten (Bezirk Freiburg i. Br.) eröffnet am 15. Nov. ihren Winterlehrgang, der bis Mitte Februar dauert. Zweck der Bauernhochschule ist die Vorbereitung erwachsener junger Landwirte für die Aufgaben des häuslichen, beruflichen, politischen und öffentlichen Lebens. Durch Vorträge und Ausflüge, schriftliche Ausarbeitung und gemeinsames Leben im Rahmen einer christlichen Hausordnung sucht die Schule diesen Zweck zu erreichen. Es ist sehr zu begrüßen, daß das Volkshochschulwesen auch in Baden seine Aufgabe für den evangelischen Bauernstand erfüllt. Anmeldungen sind an Pfarrer M. Jäger zu richten.

Badisches Landestheater. „Kriemhilds Rache“ von Friedrich Hebbel, des deutschen Trauerspiels „Die Nibelungen“ dritter Teil, gelangt im Anschluß an die am Montag gegebenen beiden ersten Teile am Mittwoch, den 17. September, neuerinstudiert zur Aufführung. In neuen wichtigen Figuren fügen sich die Damen Vertram und Genler und die Herren Brand, Dahlen, Herz und Hiel dem Schlußteil der Trilogie ein. Am Donnerstag, den 18. September, bringt die Oper als zweite Neueinstudierung der eben begonnenen Spielzeit Verdis im Jahre 1893 vollendetes Werk, die lyrische Komödie „Falstaff“ zur ersten Wiederaufführung. Diese, ein gewaltiges Lebenswerk abschließende Schöpfung verleiht das Ansehen des 80jährigen Meisters wie „durch ein Räubeln“; er findet darin einen ganz neuen Ausdruck seines multifachen Genies, dessen ihn — nach beruflichem Urteil — „früher niemand für fähig gehalten hätte“. Noch einmal Abschied nehmen, zeigt er sich der Welt als „der jugendlichste der lebenden Künstler“ und bis zuletzt „an der Spitze der fortschreitenden Entwicklung seiner Zeit“. — Die Intendantur übernahm Viktor Pruscha, die musikalische Leitung Rudolf Schwarz. — Neben Franz Schuster in der Titelpartie sind die Damen Klant, Gfellsgrub, Grünwald-Seyfert und Haberhorn, die an diesem Abend zum erstenmal in ihrem hiesigen Wirkungsbereich erschienen, und die Herren Kiefer, Rentwig, Derner, Löfer und Rainbach tätig.

Wiedereröffnung der Kammerlichtspiele. Das hiesige Kinatheater (Kaiserstraße 168), das während der Sommermonate längere Zeit geschlossen war, ist am Samstagnachmittag unter neuer Direktion wieder eröffnet worden. Auch der jetzige Wächter, Nisch, Bauer (aus Graz), will nicht den üblichen Schlagergelimen und dem tönernen Revuetamam huldigen, sondern ausschließlich die stumme Produktion pflegen. Er wird dabei zweifellos auf das Interesse aller der Kreise rechnen können, die mit der neuesten Entwicklung zum sogenannten „Tonfilm“ hin, und dessen meist arg rüffeliger Tonbegleit nicht mehr ganz einverstanden sind, es wohl auch niemals waren, zumal Spitzenleistungen gerade der deutschen Filmindustrie auf diesem Weg kaum erreicht wurden. Freilich auch ein älterer Monumentalfilm, wie das zur Eröffnung gewählte Drehbuch „Anna Bolenn“ zeigt heute leider schon merklige Schwächen, die sowohl die schauspielerischen Einzelarbeiten wie die großen Massen- und Bewegungsbilder betreffen. Inzwischen ist aber die durch einen Emil Jannings oder eine Penny Popena gewährleistete Basis hochkünstlerisch zu nennen, obwohl der Handlungsablauf selbst (übrigens aus sechs Akten zu knapp einstündiger Dauer jetzt wohlwollend zusammengedrungen) manchmal doch reichlich kitschig und unhistorisch annahmt. Viel Freude bereitet das gute Bauprogramm, Vortreffliches bringt obendrein das neu verpflichtete Künstlertrio Remara, das außerdem in jeder Vorstellung mit einer besonderen Konzert-einlage aufwartet. Der Beifall des Publikums war dementsprechend stark. Als eine begrüßenswerte und gewiß für jeden Besucher angenehme Neuerung kann noch erwähnt sein, daß die Direktion sich zu einem Einheitspreis entschlossen hat, der in der Tat sehr billig zu nennen ist und neben solch erwünschter Anpassung an die gegenwärtige Wirtschaftslage auch das lästige Aufsuchen eines bestimmten Platzes befreit, ohne daß man in dem intimen Raum Gefahr läuft, je sich mit schlechter Sehelegenheit abfinden zu müssen.

Aus der Landeshauptstadt Endgültiges Ergebnis der Reichstagswahl in Karlsruhe

Das vorläufige Ergebnis verschiebt sich auf Grund der Feststellungen aus den Wahlniederchriften etwas. Es haben Stimmen erhalten:

Soziald. 21 423 gleich 24,16 Prozent; DtschNat. 2378 gleich 2,68 Prozent; Zentr. 14 670 gleich 16,54 Prozent; Komm. 8611 gleich 9,71 Prozent; Einheitsliste 9518 gleich 10,73 Prozent; Wirtschaftsp. 2731 gleich 3,08 Prozent; Nat.-Soz. 23 014 gleich 25,95 Prozent; Bad. Bauernp. 48 — 0,06 Prozent; Volksp. 995 gleich 1,12 Prozent; Deutsche Bauernp. 21 gleich 0,03 Prozent; Komm. 703 gleich 0,79 Prozent; Evang. Bd. 4463 gleich 5,03 Prozent; Polenp. 11 gleich 0,01 Prozent; Haus- und Grundbes. 93 gleich 0,11 Prozent.

Die Zahl der gültigen Stimmen beträgt somit 88 674, die der ungültigen 698, so daß im ganzen abgestimmt haben 89 372. In der Partei als wahlberechtigt waren eingetragen 115 181 Personen. Nach der Auffassung des Reichswahlleiters sind aber hiervon in Karlsruhe nur 109 695 wahlberechtigt, also nicht die 5486, die Stimmzettel erhalten haben. Dagegen sind wiederum die 3071 zu den Karlsruher Wahlberechtigten gezählt, die mit Stimmzettel in Karlsruhe gewählt haben, mögen sie Karlsruher oder Nichtkarlsruher sein. Somit beträgt die Zahl der in Karlsruhe „Wahlberechtigten“ 112 766. Setzt man diese Ziffer in Verhältnis zur Wahlberechtigung, so ergibt sich, daß in Karlsruhe 79,25 Prozent der „Wahlberechtigten“ von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Es sind rund 2400 Stimmzettel in Karlsruhe mehr ausgestellt als abgegeben worden. Diese gehörten vor allem Personen, die am 14. September sich noch auf Urlaub befanden. Infolge der Urlaubszeit ist die Zahl der Stimmzettel ganz beträchtlich größer als sonst gemein. Sind doch allein von Karlsruhern, die sich auswärts befanden, über 1000 Stimmzettel schriftlich angefordert worden.

Die Revision im Fall Berner verlag. Die ursprünglich für den 23. September angelegte Revision im Fall Berner vor dem Reichsgericht ist von der Tagesordnung abgesetzt und auf den 17. Oktober d. J. verlegt worden.

Verhandlung gegen Herbert Sandowski in dieser Woche. Wie wir erfahren, findet die Verhandlung gegen den berichtigten Ein- und Ausbrecher Herbert Sandowski am kommenden Samstag (20. Sept.) vormittags 8 Uhr vor dem hiesigen Schöffengericht statt. Sandowski wird sich in Karlsruhe wegen zweier vollendeter und dreier verurteilter Einbruchdiebstähle zu verantworten haben. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Dr. Pfeifer, Verteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt A. Reiffauer. Der jetzt 36jährige Sandowski ist einer der gefährlichsten internationalen Verbrecher, der bereits schwere Freiheitsstrafen hinter sich hat und wiederholt aus den Strafanstalten ausgebrochen ist, so unter anderem aus dem bekannten amerikanischen Staatsgefängnis Sing Sing und letztmals im Juni dieses Jahres aus der Strafanstalt Tegel. In der Folgezeit wandte er sich nach Süddeutschland, bis ihn dank der Gefühlsgegenwart einer Hausangehörigen gelegentlich eines Einbruchversuchs in Karlsruhe, das Schicksal ereichte. Seit dem 25. Juli befand sich Sandowski an Händen und Füßen gefesselt im hiesigen Bezirksgefängnis.

Die Karlsruher Juwelendiebe in Wiesbaden gefaßt. Die Einbrecher, die in der Nacht zum 7. September die Schaufenster der Firma Abt in der Waldstraße eingeschlagen und aus der Auslage wertvolle Schmuckstücke — Gesamtwert etwa 8000 Reichsmark — gestohlen hatten, wurden in Wiesbaden gefaßt, wo sie sich in dem gleichen Auto herumtrieben, mit dem sie aus Karlsruhe geflüchtet waren. Die drei Täter stehen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren.

Vorläufiger Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein Ausläufer der neuen atlantischen Depression ist bereits bis zur Rheinmündung vorgestoßen und hat uns heute früh Regen gebracht, nachdem nachts wieder Trübung eingetreten war. Das Wetter ist westlich orientiert geblieben und wird daher seinen charakteristischen Charakter behalten. Voraussage: Zeitweise aufhellend, keine nennenswerte Niederschläge, westliche Winde, Temperaturen wenig verändert.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	17. September		15. September	
	Weib	Wier	Weib	Wier
Amsterdam 100 G.	168.86	169.20	168.81	169.15
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.26	112.48
London . . . 100 L.	21.955	22.995	21.97	22.01
Paris . . . 100 F.	20.379	20.419	20.382	20.422
New York . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1940	4.2020
Basel . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schwitz . . . 100 Fr.	81.33	81.49	81.375	81.535
Wien 100 Schilling	59.20	59.32	59.245	59.365
Prag . . . 100 Kr.	12.442	12.462	12.448	12.468

Neue Mehlerpreismäßigung. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Preis für Weizenmehl, Spezial 0, am 16. September um 50 Reichspfennig, auf 40,50 Reichsmark, ab Mühlenstation ermäßigt.

Die Rheinmühlwerke in Mannheim halten heute die 33. ordentl. Generalversammlung ihres Aufsichtsrates ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beschlußfassung über eine Erhöhung des Grundkapitals von 3 Millionen Reichsmark auf 5 Millionen Reichsmark, und zwar durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien über je 1000 Reichsmark. Zugleich werden Neuwahlen für den Aufsichtsrat vorgenommen werden. In dem Geschäftsbericht werden die Jollerhöhlungen und das Gesetz veränderlicher Zölle beklagt, die beunruhigten und das Geschäft erschweren. Mit dem Vermählungsgefeß wird größte Anzudehnung ausgedrückt. Den Mühlenbetriebern an Rhein, deren Rohstoffbasis, durch ihre Lage bedingt, der Auslandsweizen gemessen sei, werde infolge des Bezugszwanges von Weizen aus deutschen Produktionsgebieten ein mit den Binnenmühlen unnatürlicher Konkurrenzkampf aufgezwungen. Besonders unerträglich seien die kurzfristigen Vermählungsquoten. Die bereits seit längerer Zeit bestehende freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Großmühle G. Hildebrand & Söhne, Kommanditgesellschaft in Mannheim, habe den Gedanken einer vollständigen Fusion reifen lassen. Die Bilanz des letzten Geschäftsjahres ergebe einen Reingewinn von 193 191 Reichsmark; über die Verwendung der verbleibenden 70 000 Reichsmark werde sich der Aufsichtsrat schlüssig werden.

Badische Städte Weitere Wahlkreisergebnisse

Bretten:

Abgegeben 3220 Stimmen. E. 660, D.N. 457, J. 331, R. 7, C.L. 368, W. 39, N.E. 915, W.D. 17, R. 11, D.D. 3, R.R. 21.

Bruchsal

Wahlberechtigt 10430, abgegeben 8996. Wahlbeteiligung 86 Proz. E. 811, D.N. 97, J. 3363, R. 911, C.L. 857, W. 346, N.E. 1398, W.D. 8, R. 159, D.D. 4, R.R. 23, C.V.R. 595, R. 34, C.V.C. 2. Ungültig 114.

Reichstag 1928: Soz. 807, Dt.Nat. 248, Ztr. 3104, Komm. 81, Einh. 1410, W. R. 310, N. Soz. 227, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 884, Dt.Nat. 0, Ztr. 3450, Komm. 41, Einh. 1220, W. R. 312, N. Soz. 471, C.V. 329.

Ettlingen

E. 1089, D.N. 230, J. 1655, R. 515, C.L. 361, W. 439, N.E. 777, W.D. 3, R. 23, D.D. 1, R.R. 9, C.V.R. 161, R. 2, C.V.C. 2.

Reichstag 1928: Soz. 1224, Dt.Nat. 330, Ztr. 1401, Komm. 222, Einh. 506, W. R. 488, N. Soz. 67, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1246, Dt.Nat. 188, Ztr. 1616, Komm. 146, Einh. 492, W. R. 487, N. Soz. 163, C.V. 140.

Karlsruhe

Wahlberechtigt 8956, abgegeben 7505 Stimmen. E. 1187, D.N. 99, J. 1791, R. 918, D.N.R. 975, W. 835, N.E. 1734, W.D. 5, R. 19, D.D. 2, R.R. 15, C.V.R. 111, R. — C.V.C. 14.

Reichstag 1928: Soz. 1225, Dt.Nat. 269, Ztr. 1656, Komm. 721, Einh. 1095, W. R. 703, N. Soz. 142, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1152, Dt.Nat. 156, Ztr. 1847, Komm. 774, Einh. 1048, W. R. 712, N. Soz. 475, C.V. 139.

Baden-Baden

Wahlberechtigt 21 360, abgegeben 17 637, Beteiligung 85 Prozent. E. 3095, D.N. 487, J. 4935, R. 645, C.L. 3731, W. 387, N.E. 3455, W.D. 16, R. 160, D.D. 7, R.R. 147, C.V.R. 330, R. 1, C.V.C. 37.

Reichstag 1928: Soz. 2560, Dt.Nat. 988, Ztr. 8891, Komm. 583, Einh. 5325, W. R. 167, N. Soz. 259, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 2317, Dt.Nat. 380, Ztr. 4355, Komm. 378, Einh. 3147, W. R. 427, N. Soz. 834, C.V. 146.

Kehl

E. 1242, D.N. 88, J. 539, R. 605, C.L. 635, W. R. 260, N.E. 1813, C.V. 357.

Reichstag 1928: Soz. 1008, Dt.Nat. 153, Ztr. 445, Komm. 673, Einh. 1036, W. R. 407, N. Soz. 78, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1030, Dt.Nat. 49, Ztr. 429, Komm. 257, Einh. 601, W. R. 451, N. Soz. 1204, C.V. 268.

Offenburg

E. 1279, D.N. 371, J. 3063, R. 1012, C.L. 1165, W. 792, N.E. 2114, W.D. 3, R. 108, D.D. 2, R.R. 51, C.V.R. 237, R. 2, C.V.C. 6.

Reichstag 1928: Soz. 1357, Dt.Nat. 649, Ztr. 2796, Komm. 468, Einh. 1707, W. R. 211, N. Soz. 124, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1208, Dt.Nat. 368, Ztr. 3077, Komm. 449, Einh. 1247, W. R. 818, N. Soz. 667, C.V. 212.

Triberg

E. 405, D.N. 35, J. 875, R. 280, C.L. 340, W. 54, N.E. 548, W.D. 0, R. 8, D.D. 0, R.R. 6, C.V.R. 57, R. 1, C.V.C. 7.

Waldkirch

E. 116, D.N. 32, J. 404, R. 74, C.L. 116, W. 115, N.E. 64, W.D. 0, R. 11, D.D. 0, R.R. 3, C.V.R. 37, R. 0, C.V.C. 1.

Silligen

E. 1249, D.N. 128, J. 2466, R. 959, C.L. 811, W. R. 716, N.E. 677, W.D. 15, R. 145, C.V. 438.

Reichstag 1928: Soz. 1159, Dt.Nat. 211, Ztr. 2236, Komm. 515, Einh. 961, W. R. 333, N. Soz. 17, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1272, Dt.Nat. 100, Ztr. 2489, Komm. 406, Einh. 910, W. R. 628, N. Soz. 80, C.V. 192.

Lahr

E. 1479, D.N. 179, J. 1198, R. 674, C.L. 1189, W. 304, N.E. 2157, W.D. 1, R. 133, D.D. 4, R.R. 49, C.V.R. 481, R. 0, C.V.C. 8.

Reichstag 1928: Soz. 1220, Dt.Nat. 412, Ztr. 970, Komm. 788, Einh. 1988, W. R. 487, N. Soz. 115, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 896, Dt.Nat. 187, Ztr. 1084, Komm. 378, Einh. 2836, W. R. 380, N. Soz. 531, C.V. 270.

Furtwangen:

E. 361, D.N. 19, J. 1045, R. 211, C.L. 216, W. R. 105, N.E. 658, W.D. 5, W. R. 20, D.D. 3, R.R. 8, C.V.R. 34, R. —, C.V.C. 17.

Freiburg

Abgegeben 54 149 Stimmen. davon waren 421 ungültig. E. 10 685 (1928 10 779), D.N. 1919 (3406), J. 15 451 (13 240), N.E. 7093 (542), W. 561 (0), C.L. 6046 (D.N.R. 4222, D.N. 2369) W.D. 29 (D.D. 13), D.D. 9 (0), W. R. 3561 (3142), R. 2964 (1574), W. R. 634 (1178), C.V.R. 1868 (0), R. 4 (0), C.V.C. 109 (0).

Erzbrunn

E. 1283, D.N. 295, J. 1622, R. 2668, C.L. 896, W. R. 675, N.E. 1455, W.D. 28, R. 40, D.D. 7, R.R. 60, R. 0, C.V. 17, C.V.C. 607. Von 12 333 Stimmberechtigten haben 9747 abgestimmt.

Reichstag 1928: Soz. 1499, Dt.Nat. 469, Ztr. 1569, Komm. 1704, Einh. 1075, W. R. 284, N. Soz. 57, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1280, Dt.Nat. 279, Ztr. 1530, Komm. 1240, Einh. 867, W. R. 1114, N. Soz. 115, C.V. 397.

Singen a. S.

E. 1458, D.N. 72, J. 2539, R. 1815, C.L. 810, W. 485, N.E. 688, W.D. 11, R. 98, D.D. 5, R.R. 29, C.V.R. 112, R. 0, C.V.C. 0.

Reichstag 1928: Soz. 1487, Dt.Nat. 105, Ztr. 1987, Komm. 758, Einh. 828, W. R. 345, N. Soz. 24, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 1735, Dt.Nat. 67, Ztr. 2538, Komm. 714, Einh. 850, W. R. 364, N. Soz. 44, C.V. 117.

Konstanz

E. 2625, D.N. 1066, J. 5751, R. 1661, C.L. 3030, W. 954, N.E. 2243, W.D. 29, R. 203, D.D. 10, R.R. 162, C.V.R. 463, R. 2, C.V.C. 26.

Reichstag 1928: Soz. 2356, Dt.Nat. 1096, Ztr. 4426, Komm. 1200, Einh. 2601, W. R. 837, N. Soz. 278, C.V. 0.

Landtag 1929: Soz. 2557, Dt.Nat. 699, Ztr. 5499, Komm. 812, Einh. 2825, W. R. 673, N. Soz. 765, C.V. 362.

WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlen Großhandlung Stephaniestr. 49 Tel. 815, 816, 817

Kurze Nachrichten aus Baden

Eberbacher Rududsmarkt 1930

Wie wir erfahren, hat der Minister des Innern, Wittmann, zugesagt, an der Eröffnung des diesjährigen Eberbacher Rududsmarktes am Samstag, den 20. September 1930, teilzunehmen. Das landwirtschaftliche Programm des Rududsmarktes, welches in diesem Jahre besonders reichhaltig ist, findet, nach einer Ergänzung in der Richtung, daß am Sonntag, den 21. September d. J., nachmittags 2 Uhr, eine Besprechung der Gemeinden des früheren Amtsbezirkes Eberbach über die Förderung der Landwirtschaft und des Milchgeschäftes stattfindet, bei der Landwirtschaftsminister im Zusammenhang mit dem neuen Milchgesetz einen Vortrag halten wird. Die Tagung findet im Rathaussaal in Eberbach statt.

D3. Mannheim, 17. Sept. Der amerikanische Autoindustrielle Henry Ford, der sich zur Zeit auf einer Deutschlandreise befindet, wird im Laufe dieser Woche nach Mannheim kommen und in Begleitung von Generaldirektor Heine, Berlin, die hiesige Ford-Stelle besichtigen.

D3. Forst (Amt Bruchsal), 16. Sept. Der seit vielen Jahren schon amtierende Bürgermeister Simon Weibel ist wegen Betrugs und Unterschlagung verhaftet worden.

bid. Auerbach b. Ettlingen, 17. Sept. Der 20 Jahre alte Sohn Erich des Fuhrunternehmers Kies aus Auerbach wollte am Dienstagnachmittag an einem Rade eines Lastwagens Kugeln auswechseln. Als sich der junge Mann unter dem Wagen befand, rutschte die Wunde aus und dabei fiel dem Bedauernswerten die Achse auf das Kreuz, so daß er trotz sofortiger Hilfe nach anderthalb Stunden seinen schweren Verletzungen erlag.

bid. Freiburg i. Br., 16. Sept. Der Bürgermeister des Kaiserstuhlstädtchens Hringen, Albert Wöhner, kann in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit als Bürgermeister von Hringen zurückblicken. Der Jubilar hat sich um die Entwicklung der Gemeinde große Verdienste erworben.

D3. Neustadt i. Schw., In einigen Orten des Hochschwarzwaldes ist die Wahlbeteiligungsdifferenz im Verhältnis zu der allgemeinen Beteiligung außerordentlich zurückgeblieben. Sie betrug z. B. in Breitnau knapp 50 Proz. Auch in St. Märgen haben nicht viel mehr den Weg zur Wahlurne gefunden.

D3. Schönau, 16. Sept. Die Ortsgruppe Schönau des Badischen Schwarzwaldvereins hat einen neuen schattigen und staubfreien Weg von Schönau zum Seeherd erstellt. Die Einweihung soll am 28. September stattfinden.

D3. Schönau i. W., 16. Sept. Am 1. Juli 1865 wurde in Schönau i. W. die Ersparnisgesellschaft für den Amtsbezirk Schönau ins Leben gerufen, aus der später die Sparkasse Schönau i. W. entstand. Die Kasse konnte in diesem Jahre auf ihr 75jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Januar

1929 wurde die Sparkasse in eine Bezirksparkasse umgewandelt.

D3. Häusern, 16. Sept. Die Arbeiten am Krafthaus Häusern des Schluchstwertes schreiten zufriedenstellend fort. Die beiden Speicherpumpen sind völlig eingebaut, es erfolgt nunmehr der Einbau der hydromechanischen Kupplungen und der Turbinenläufe. Die Generatormontage dürfte ebenfalls in Kürze in Angriff genommen werden. Man rechnet damit, daß der Probebetrieb im Dezember aufgenommen werden kann.

D3. Kolmar, 15. Sept. Auf dem Hartmannsweilerkopf ist bekanntlich ein leuchtendes Kreuz zur Erinnerung an die Opfer des Krieges, eine Schöpfung des Direktors der Staatlichen Kunstverwaltung, Architekt Danis, errichtet worden. Die feierliche Einweihung dieses Kreuzes findet am Sonntag, den 21. September, statt.

Staatsanzeiger

Losbriefvertrieb.

Dem hiesigen Landesverein vom Roten Kreuz und dem Alice Frauenverein in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 10. September 1930.

Der Minister des Innern:

J. Wittmann

Bekanntmachung

Sammlung.

Die dem Badischen Landesverband zur Bekämpfung des Krebses unterm 22. März 1930 Nr. 2441 genehmigte öffentliche Geldsammlung zugunsten der Beschaffung von Radium zu Bestrahlungszwecken ist vom 5. Oktober 1930 auf den 9. November 1930 verlegt worden. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird hierzu die Genehmigung erteilt mit der Maßgabe, daß die Straßenammlung am 9. November, die Sammlung von Haus zu Haus während der Zeit vom 9. bis einschließlich 16. November stattfindet. Karlsruhe, den 12. September 1930.

Der Minister des Innern:

J. Wittmann.

Bekanntmachung

Vollzug des Arbeitsgerichtsgesetzes, hier: Berufung der Richter der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte.

Unter Hinweis auf die in obiger Angelegenheit im Staatsanzeiger (Karlsruher Zeitung Nr. 184 und 194) bereits veröffentlichten Bekanntmachungen des Herrn Landeskommissärs in Karlsruhe vom 7. August 1930, und des Herrn Landeskom-

missärs in Konstanz vom 20. August 1930, fordere ich hiermit die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften der nachfolgenden Gerichtsbezirke auf, mit bis zum 10. Oktober 1930 Vorschlagslisten einzureichen. Jede Vorschlagsliste muß mindestens die für jeden der nachfolgenden Kammern genannte Zahl der Richter enthalten.

Es werden benötigt:

I. Für die Arbeitsgerichte in

1. Mannheim:

für die Angestelltenkammer: je 15 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter, für die Arbeiterkammer: je 30 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter, für das Handwerksgericht: je 15 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter.

2. Heidelberg:

für die Angestelltenkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter, für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter, für das Handwerksgericht: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter.

3. Mosbach:

für die gemeinschaftliche Kammer für die Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter, für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter.

4. Tauberbischofsheim:

für die gemeinschaftliche Kammer für die Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter, für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter.

II. Für das Landesarbeitsgericht in

Mannheim:

je 10 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrichter.

Mannheim, den 16. September 1930.

Bad. Landeskommissär für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach:

J. B. Dr. Bader.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen Zur Ruhe gesetzt:

Förster Andreas Baumgartner in Niedmatt.

Öffentliche Verbandsparkasse Schutterwald

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	6 093,09	1. Spareinlagen	339 148,78
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassent.	4 339,49	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	63 058,85
3. Darlehen geg. Hypothek	127 976,02	3. Aufwertungs-spareinlagen	246 047,87
4. Darlehen an Gemeinden	2 000,—	4. Anlehenskapitalien	90 956,98
5. Betriebskapital zur Girozentrale	12 500,—	5. Ausgaberrückstände	5,—
6. Darlehen gegen Schuldschein	123 359,58		
7. Darlehen in laufender Rechnung	161 512,31		
8. Landwirtschaftskredite	24 850,—		
9. Aufwertungs-forderungen	210 694,76		
10. Aufwertungsfehlbetrag	38 852,65		
11. Einnahmerückstände	20 604,03		
12. Gerätschaften	4 766,00		
13. Überschuldung	1 689,26		
	739 217,23		739 217,23

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 402 207 RM = 32 176,56 RM
 Die Überschuldung beträgt auf Ende 1928 1 689,26 RM
 Fehlbetrag zur Rücklage 33 865,82 RM

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	8 345,06	1. Spareinlagen	422 758,94
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen, Postsparkassent.	15 262,32	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	63 724,72
3. Darlehen geg. Hypothek	219 905,32	3. Aufwertungs-spareinlagen	237 645,64
4. Wertpapiere	20 178,—	4. Anlehenskapitalien	61 889,—
5. Betriebskapital zur Girozentrale	18 100,—	5. Aufwertungs-fonds	12 167,58
6. Darlehen gegen Schuldschein	185 970,21	6. Ausgaberrückstände	1,88
7. Darlehen in laufender Rechnung	141 837,64	7. Kaufschilling (Verwaltungsgebäude)	15 000,—
8. Landwirtschaftskredite	20 930,—	8. Reingewinn 1929	8 146,98
9. Aufwertungs-forderungen	196 458,97		
10. Einnahmerückstände	28 640,02		
11. Verwaltungsgebäude	15 898,60		
12. Gerätschaften	4 733,—		
	821 309,14		821 309,14

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 486 478 RM = 38 918,24 RM
 Die Rücklage beträgt auf Schluß des Jahres 1929 8 146,98 RM
 Somit weniger 90 771,31 RM

Schutterwald, den 11. September 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Junfer.

Der Geschäftsleiter:
Künste.

Druck G. Braun, Karlsruhe

In Kürze erscheint in unserem Verlag

Gesetz über die Bereinigung der Grundbücher

Gesetz über die Verzinsung und Fälligkeit der Aufwertungshypotheken

Erläutert v. Dr. Siefert, Ministerialrat im Bad. Justizministerium
 Die beiden Gesetze sind für die Grundbuchämter, Banken, Sparkassen, Rechtsanwälte, Gläubiger und Schuldner von Aufwertungshypotheken von größter Wichtigkeit. Preis 6,50 RM.

Macklot'sche Druckerei und Verlag, Karlsruhe
 R. 516 Waldstr. 10/12. Tel. 110. Gegr. 1757

Noch ist es Zeit zur Eindeckung

Ihres Winterbedarfs zu Sommerpreisen

Wir liefern sämtliche Sorten

Ruhr- und Saarkohlen, Koks, Union-

briketts, Brennholz und Bündelholz

Brennholz 1,80 RM. per Zentner frei Keller

FRANZ OCHS

Holz- und Kohlenhandlung

Gellertstraße 26 Telefon 710

Landesversicherungsanstalt Baden

Zahnheilverfahren betr.

Am 1. Oktober 1930 treten für das Zahnheilverfahren neue Vorschriften in Kraft. Für die Versicherten (und ihre Familienangehörigen), welche einer Orts-, Betriebs- oder Innungsrentenkasse angehören, werden die Anträge auf einen Beitrag zu künstlichem Zahnersatz von dieser entgegengenommen und verbeschieden. Versicherte, die einer solchen Kasse nicht angehören, können den Antrag selbst oder durch das zuständige Bürgermeisterei der Landesversicherungsanstalt Baden vorlegen. Ein Abdruck der neuen Vorschriften kann vom 1. Oktober 1930 an von allen Versicherten bei der nächsten Rentenkasse oder dem Versicherungsamt eingesehen werden. R. 580

Für den Übergang gilt folgendes:

Zu einem Zahnersatz, der vor dem 1. Oktober 1930 abgeliefert wurde, wird der seitliche Beitrag mit $\frac{1}{12}$ gewährt, wenn der Antrag — wie früher — spätestens bis zum 15. Oktober bei der zuständigen Rentenkasse, und spätestens bis zum 31. Oktober 1930 bei der Landesversicherungsanstalt Baden eingereicht wird.

Zu einem Zahnersatz, der am 1. Oktober 1930 bereits in Bearbeitung ist, wird der Beitrag von $\frac{1}{12}$ gewährt, wenn der Antrag nach den neuen Vorschriften, spätestens bis zum 15. Oktober 1930 bei der zuständigen Rentenkasse nachgeholt

wird. Für diese Anträge wird auf die Erfüllung der Vorschriften in Ziff. 80 Abs. 2 der Heilverfahrensbestimmungen verzichtet.

Alle sonstigen nach dem 30. September 1930 eingehenden Anträge sind nach den neuen Vorschriften zu bearbeiten und zu verbeschieden. Anträge, die unter Abs. 1 und 2 fallen, sind abzu- lehnen, wenn sie verspätet eingereicht werden.

Karlsruhe, den 16. September 1930.

Landesversicherungsanstalt Baden.

Der Vorstand.

Q. 878. Karlsruhe. In dem Kontroversverfahren über das Vermögen der Firma Hermann Freiheit in Karlsruhe, Inhaberin Hermann Freiheit Witwe, Karlsruhe, Kaiserstr. 117, soll mit Genehmigung des Badischen Amtsgerichts A 9 Karlsruhe die Schlussverteilung stattfinden. Zu berücksichtigen sind 39,13 RM bevorrechtigte Forderungen u. 12 887,47 RM nichtbevorrechtigte Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt 1 002,99 RM. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Badischen Amtsgerichts A 9 Karlsruhe zur Einsicht auf. Karlsruhe, 16. 9. 1930. Otto Marx, Kontroversverwalter.

Bruchsal. Q. 881 Güterrechtsregistereintrag Bd. III Seite 226: Schorle, Josef, Bierbrauer in Odenheim, u. Anna geb. Winter. Beitrag vom 8. Aug. 1930. Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 15. 9. 1930. Amtsgericht I.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 18. Sept. 1930

* D 1 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 101—200

Neu einstudiert:

Jalstaff

Christliche Komödie von

Berbi

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruschka

Mitwirkende:

Blant, Effelsgröth, Grünwald, Seyfert, Haberfort, Kalnbach, Kiefer, Köfer, Rentwig, Derner, Schuster. Anfang 19^h, Ende nach 22 Preise C (1—7 RM)

Fr., 19. Sept.: Amnestie.

Sa., 20. Sept.: Kauf-

führung: Wiffiffippi.

So., 21. Sept.: Die Stimme

von Portici. Im Konzert-

haus: Jinken. No., 22. Sept.:

Amnestie.

PORPHYRWERK

DOSENHEIM

HANS VATTER

DOSENHEIM A. B. BERGSTR.

LIEFERT AUS SCHLOSS- u.

HECKENMARKBRUCH

ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-

MATERIAL

Bruchsal. Q. 880 Güterrechtsregistereintrag Bd. III Seite 226: Stolzenhater, Karl Thomas, Kaufmann, u. Beria Elisabetha geb. Bender in Ringolsheim. Beitrag vom 8. September 1930. Gütertrennung nach den §§ 1427 bis 1431 des BGB. Bruchsal, 13. 9. 1930. Amtsgericht I.